

Humboldt-Universität zu Berlin  
Kommission für Lehre und Studium  
des Akademischen Senats

21.10.08  
I C 1/Protlsk\_2008-10-20.doc

### **Protokoll Nr. 13/08**

der Beratung der Kommission für Lehre und Studium (LSK) des Akademischen Senats (AS) am  
20. Oktober 2008 von 14.15 Uhr bis 17.15 Uhr

---

#### **Teilnehmerinnen/Teilnehmer:**

##### Studierende:

Herr Aust, Frau Gottwald, Herr Lippa, Frau  
Müller, Herr Plöse (Stellv.), Herr Roßmann,  
Herr Strauß

##### Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer:

-

##### Akademische MA:

Frau Dr. Huberty (Leitung)  
Frau Dr. Schiewer

##### Sonstige MA:

Frau Kath

#### **Ständig beratende Gäste:**

Herr Baeckmann (IAbtL)  
Herr Prof. Nagel (VPSI)  
Herr Dr. Napierala (VPSIRef)  
Frau Ruf (stellvertr. FrB)

#### **Gäste**

Frau Fettback (Abt. I), Herr Dr. Wernicke  
(Abt. I)

TOP 5: Frau Hacke (ZE Sprachenzentrum),  
Frau Dr. Rößler (Direktorin ZE Sprachenzent-  
rum)

TOP 6 und 7: Herr Prof. Singer (JurFak)

TOP 8: Herr Prof. Blankenagel (JurFak)

#### **Geschäftsstelle:**

Protokoll: Frau Heyer ( Abt. I)

Frau Dr. Huberty begrüßt die neuen studentischen Mitglieder Lisa Gottwald und Philipp Strauß. Sie informiert darüber, dass die Mitgliedergruppe der Studierenden die Kommissionsmitglieder benannt hat. Die neuen Mitglieder sind nunmehr stimmberechtigt. Die Konstituierung der LSK könne jedoch erst erfolgen, wenn auch die Mitgliedergruppen der Hochschullehrer/Hochschullehrerinnen und der sonstigen Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen ihre Kommissionsmitglieder benannt haben.

### **1. Bestätigung der Tagesordnung**

Zu TOP 6 Änderung der ASSP verteilt Herr Roßmann eine gutachterliche Stellungnahme der Rechtsanwaltskanzlei Matthias Tenczek. Er bittet um Einbeziehung der Stellungnahme in die weitere Diskussion der ASSP.

Die vorliegende Tagesordnung wird bestätigt.

### **2. Bestätigung des Protokolls**

Das Protokoll der Beratung vom 08.09.08 wird bestätigt.

### **3. Unterkommission Projektstudien der LSK**

Frau Dr. Schiewer berichtet über die Arbeit der Unterkommission Projektstudien (UKPT) im Zeitraum WS 2006/07 bis zum Ende des SS 2008. Sie erläutert ausführlich die Arbeitsweise der UKPT und stellt die Ergebnisse der Arbeit vor. Die Schwerpunkte lagen dabei in der

- Beratung und Entscheidung von Projektstudienanträgen,
- Auswertung von Zwischen- und Abschlussberichten,
- Erstellung der Internetseite für die Projektstudien,
- Einrichtung einer Tutorenstelle zur Evaluierung der Projektstudien, die zur Zeit jedoch unbesetzt ist,
- Unterstützung bei der Anerkennung der Teilnahme der Studierenden an Projektstudien als Studienleistung.

Sie nennt die Vorschläge für die Kandidaten/Kandidatinnen für die neue Wahlperiode (WS 2008/09 bis Ende SS 2010) der UKPT:

Studierende

Regina Richter (Geschichte LA, bis Ende WS 08/09), Katrin Lang (Afrikawissenschaften), Franziska Gilbert (Mathematik, bis Ende SS 09), Albrecht Spranger\* (Geschichte, EWI), Dimitri Mader\*/\*\*(Philosophie, Soziologie, Gender)

\* neue Kandidaten

\*\* bis zum Nachrücken ohne Stimmberechtigung

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Dr. Niewöhner (Ethnologie/ als Vertretung), Thomas Mathar (Ethnologie), Dr. Dagmar Schiewer (LGF)

Frau Dr. Schiewer weist auf die Problematik hin, dass es nach dem Ausscheiden von Herrn Prof. Schmidt zum Ende des SS 2007 nicht gelungen ist, einen Nachfolger aus der Gruppe der Hochschullehrer/ Hochschullehrerinnen zu finden.

Frau Dr. Huberty dankt der UKPT für die geleistete Arbeit. Die Neubesetzung der UKPT wird von den Mitgliedern der LSK einstimmig angenommen.

Um Hochschullehrer/ Hochschullehrerinnen für die Arbeit in der UKPT zu gewinnen, schlägt Herr Prof. Nagel vor, die Statusgruppensprecher im AS anzusprechen.

#### **4. Information**

Herr Prof. Nagel berichtet über die Ankündigung zum „Wettbewerb exzellente Lehre“. Dabei handle es sich um eine gemeinsame Initiative der KMK und des Stifterverbands für die deutsche Wissenschaft. Im Vergleich zur vorangegangenen Exzellenzinitiative werden mit 10 Mio € (je Universität 1 Mio €, 330.000/Jahr) zwar nur wenig Mittel ausgelobt, jedoch sei eine Beteiligung der HU wichtig, um zu demonstrieren, dass die Lehre an der HU einen hohen Stellenwert einnimmt.

Herr Prof. Nagel kündigt an, eine Antragsskizze auf der Grundlage der Ergebnisse der Arbeitsgruppen, die sich aktuell mit Fragen der Studierbarkeit und der Lehre beschäftigt haben, vorzubereiten. Er bittet die Mitglieder der LSK dabei um Mithilfe und betont, dass zusätzliche Ideen und Anregungen aus der LSK und anderen Gremien sehr begrüßenswert seien.

Im November sei eine Vorstellungsrunde in Saarbrücken geplant, über die er in der LSK berichten werde. Der konkrete Ausschreibungstext sei Ende des Jahres zu erwarten. Das Informationspapier zum Beschluss der KMK vom 6.3.08 zum Wettbewerb exzellente Lehre wird an die LSK-Mitglieder verteilt.

Herr Prof. Nagel teilt mit, dass sich die HU an einer umfassenden Absolventenbefragung beteiligt.

Im Zusammenhang mit der Diskussion um das geplante Kaskadenmodell schlägt Herr Prof. Nagel Frau Müller ein Gespräch vor, um die Dissenspunkte zu klären. Frau Müller empfiehlt, dass sich die LSK mit dieser Thematik beschäftigen sollte. Frau Dr. Huberty regt an, nach der Konstituierung der LSK im Wintersemester eine Sondersitzung zu planen, auf der wichtige Themen ausführlicher beraten werden können.

#### **5. Vorberatung zur Prüfungsordnung für den Erwerb des Fremdsprachenzertifikats UNICert**

Frau Dr. Rößler erläutert die grundlegenden Änderungen der UNICert-Prüfungsordnung. Eine Aktualisierung der derzeit gültigen Ordnung aus dem Jahr 2000 sei erforderlich, da neue Sprachen dazugekommen sind und eine transparentere Darstellung sowie größere Flexibilität erreicht werden soll. Sie erklärt, dass in der Anlage 1 Änderungen und Begründung die Überschrift „§ 3 Zulassungsvoraussetzungen“ noch zu ändern ist in „§ 8 Gesamtergebnis bei kumulativer Zertifizierung UNICert I und UNICert II“.

Auf Nachfrage von Frau Müller beschreibt Frau Hacke das bisherige Verfahren zur Mitwirkung von Studierenden und inwieweit diese an der Änderung der Ordnung mitgewirkt haben. Frau Müller regt an, die Interessen der Studierenden durch eine stärkere studentische Beteiligung im Prüfungsausschuss besser zu sichern. Sie schlägt vor, die studentischen Mitglieder des Prüfungsausschusses über die Mitgliedergruppe der Studierenden im AS zu benennen.

Frau Dr. Rößler und Frau Hacke beantworten weitere Nachfragen der LSK-Mitglieder

- zu den Wiederholungsmöglichkeiten der Abschlusstests (§ 6),
- zu den Möglichkeiten, erforderliche Stundennachweise zu erlassen (§ 8 Abs. 3 und 4),

- zur Wiederholung einer nicht bestanden Prüfung innerhalb eines Semesters (§ 12 Abs. 1),
- zur Entscheidung begründeter Ausnahmefälle im Zusammenhang mit dem Antrag auf die 2. Wiederholungsprüfung (§ 12 Abs. 2) und
- zur Erhöhung des Lehrangebots in SWS (§ 1).

Da kein weiterer Beratungsbedarf besteht, wird die Prüfungsordnung zur Beschlussfassung vorgeschlagen. Es besteht Einvernehmen, die folgenden Änderungen in die Prüfungsordnung aufzunehmen:

§ 2 Abs. 1, Satz 2

„Weitere Mitglieder des Prüfungsausschusses sind: die Leiter und Leiterinnen der Sprachabteilungen, drei weitere Vertreter und Vertreterinnen des Sprachenzentrums und zwei Studierende, die von der Gruppe der Studierenden des Akademischen Senats bestellt werden.“

§ 2 Abs. 2

„ Die Amtszeit der bestellten Mitglieder des Prüfungsausschusses beträgt drei Jahre; die Amtszeit der studentischen Mitglieder beträgt drei Semester; Wiederbestellung ist möglich.“

### **Beschlussantrag LSK 43/2008**

- I. Die LSK nimmt die geänderte Prüfungsordnung für den Erwerb des Fremdsprachenzertifikats UNICert unter der Voraussetzung der Aufnahme des Änderungshinweises zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem AS die Prüfungsordnung zu erlassen.
- II. Mit der Umsetzung des Beschlusses wird der Vizepräsident für Studium und Internationales beauftragt.

Mit dem Abstimmungsergebnis 9 : 0 : 0 angenommen.

### **6. Änderung der Allgemeinen Satzung für Studienangelegenheiten (ASSP)/ 2. Lesung**

Es besteht Einvernehmen, die von Herrn Roßmann vorgelegte rechtsanwaltliche Stellungnahme in die weitere Beratung der ASSP einzubeziehen. Da die Stellungnahme sehr umfangreich ist, wird die 2. Lesung der ASSP auf die Beratung am 3.11.08 vertagt.

### **7. Vorberatung zur Änderung der Studien- und Prüfungsordnung für den internationalen weiterbildenden Masterstudiengang Deutsches Recht**

Herr Prof. Singer erläutert die vorgenommenen Änderungen in der Studien- und Prüfungsordnung, die insbesondere eine Neuverteilung der Studienpunkte auf das Fachstudium und auf die Masterarbeit beinhalten. Er beantwortet die Nachfragen der LSK-Mitglieder und betont, dass für den Studiengang eine ausreichende Nachfrage vorhanden ist.

Frau Dr. Huberty merkt an, dass in § 3 der Studienordnung Abs. 2 in Abs. 1 zu korrigieren ist.

Da kein weiterer Beratungsbedarf besteht, wird die Änderung der Studien- und Prüfungsordnung zur Beschlussfassung vorgeschlagen.

### **Beschlussantrag LSK 44/2008**

- I. Die LSK nimmt die Änderung der Studien- und Prüfungsordnung für den internationalen weiterbildenden Masterstudiengang Deutsches Recht zustimmend zur Kenntnis
- II. Mit der Umsetzung des Beschlusses wird der Vizepräsident für Studium und Internationales beauftragt.

Mit dem Abstimmungsergebnis 3 : 1 : 4 angenommen.

Da die 2/3-Mehrheit der Mitglieder nicht erreicht wird, ist die Studien- und Prüfungsordnung dem AS zur Beschlussfassung vorzulegen.

### **8. Vorberatung zur Änderung der Studien- und Prüfungsordnung für den internationalen weiterbildenden Masterstudiengang Deutsches und Europäisches Recht und Rechtspraxis**

Herr Prof. Singer begründet die neue Verteilung der Studienpunkte. Er erläutert, dass die Anzahl und der Umfang der Prüfungen aufgrund der bisherigen Erfahrungen deutlich reduziert wurde.

Da kein weiterer Beratungsbedarf besteht, wird die Änderung der Studien- und Prüfungsordnung zur Beschlussfassung vorgeschlagen.

### **Beschlussantrag LSK 45/2008**

- I. Die LSK nimmt die Änderung der Studien- und Prüfungsordnung für den internationalen weiterbildenden Masterstudiengang Deutsches und Europäisches Recht und Rechtspraxis zustimmend zur Kenntnis.
- II. Mit der Umsetzung des Beschlusses wird der Vizepräsident für Studium und Internationales beauftragt.

Mit dem Abstimmungsergebnis 3 : 0 : 5 angenommen.

Da die 2/3-Mehrheit der Mitglieder nicht erreicht wird, ist die Studien- und Prüfungsordnung dem AS zur Beschlussfassung vorzulegen.

Herr Prof. Singer beantwortet abschließend Nachfragen zur Kostenrechnung, zur Auslastung der beiden Masterstudiengänge, zum Studienangebot und zum Betreuungsaufwand. Herr Dr. Wernicke merkt an, dass die Anzahl der Bewerber in den beiden Studiengängen 40-70 und damit das Doppelte der Anzahl der jeweiligen Studienplätze beträgt. Herr Plöse fragt nach, ob es sich bei den in den Modulbeschreibungen ausgewiesenen Übungen um spezielle Angebote oder um die an der Fakultät angebotenen Propädeutischen Übungen handelt. Er schlägt vor, dies deutlicher in der Modulbeschreibung auszuweisen. Herr Prof. Singer sagt zu, diese Frage in der Fakultät zu besprechen.

### **9. Vorberatung zum Antrag auf Einrichtung des Weiterbildenden Masterstudiengangs Public Policy sowie zu den Ordnungen**

Herr Prof. Blankenagel erläutert ausführlich den Hintergrund und den Stand der Umsetzung für den geplanten Masterstudiengang. Er berichtet, dass die Finanzierung für die Anfangsphase gesichert sei. Studiengänge dieser Art werden in Deutschland bisher nicht in ausreichendem Maß angeboten. Zum Angebot der Hertie-School gäbe es erhebliche inhaltliche Unterschiede, insbesondere bei der Vermittlung von Fachwissen über einzelne Politikfelder und Problemlösungsfähigkeiten, die sich auf alle Bereiche von public governance anwenden lassen. Die Besonderheiten des Studienangebots bestehen in der Gestaltung sehr vieler Querschnittsansätze, die sich in den Modulen widerspiegeln. Ein effektives Lernen soll durch die Anwendung neuer Lehr- und Lernformen wie dem Team-Teaching und einem hohen Anteil von Praxis-Projekten ermöglicht werden.

Es werde angestrebt, dass mindestens die Hälfte der Teilnehmenden ein Stipendium erhält. Dafür gäbe es bereits Zusagen über 7 Stipendien, Gespräche über weitere Stipendien werden derzeit geführt.

Für den Studiengang sei eine Teilnehmerzahl von 25-30 geplant. Nach entsprechenden Analysen sei davon auszugehen, dass bereits der 1. Durchgang ausreichend besetzt sein wird.

Bezug nehmend auf die Nachfragen von Frau Müller

- aus welchen Gründen die Juristische Fakultät diese Art von Studiengang anbieten möchte,
- zur Höhe der Studiengebühren und der damit verbundenen zu erwartenden Nachfrage,
- zu den Inhalten der Ausbildung und der Art der Bewerber,

führt Herr Prof. Blankenagel aus, dass der Studiengang zwar juristische Kenntnisse in verschiedenen Bereichen der Politik vermitteln soll, dass jedoch durch die Zusammenarbeit verschiedener Fakultäten ein sehr interdisziplinärer Ansatz möglich werde. Die Auswahl der Lehrenden auch aus der Praxis habe bereits einen hohen Vorbereitungsstand erreicht. Das Studienangebot richte sich an Leute, die ein akademisches Studium absolviert haben und in der Praxis tätig sind. Es gäbe bereits eine ganze Reihe interessanter Nachfragen, z.B. von Gewerkschaftsseite und VW.

Auf den Hinweis von Herrn Aust, dass es sich um eine sehr knappe Finanzkalkulation handle, antwortet Herr Prof. Blankenagel, dass keine Mittel der Universität in diesen Studiengang fließen. Es werde alles fremdfinanziert bzw. über Studiengebühren abgesichert. Im Übrigen sei davon auszugehen, dass sich die Spendenbereitschaft weiter erhöht, sobald die Projektphase abgeschlossen sei. Herr Prof. Nagel betont, dass die Universitätsleitung eine rechtliche Prüfung des Verhältnisses der HU zur Humboldt-Viadrina School of Governance und zur finanziellen Vereinbarung veranlasst hat. Es sei festzustellen, dass die beteiligten Universitäten kein finanzielles Risiko tragen.

Herr Roßmann verweist darauf, dass durch die Höhe der Studiengebühren ein hoher Prozentsatz der Absolventen der HU von vornherein vom Studium ausgeschlossen sei. Herr Baeckmann merkt an, dass es sich bei der Festlegung der Studiengebühren für diesen Studiengang vergleichsweise um eine reale Dimension handelt.

Herr Prof. Nagel sieht das prinzipielle Problem, dass die Studierenden sich generell gegen bezahlte Weiterbildende Masterstudiengänge aussprechen. Er regt an, trotz der unterschiedlichen Meinungen eine inhaltliche Diskussion zum Konzept und den Ordnungen zu führen. Die Humboldt-Viadrina-School of Governance sei keine nach Profit strebende Einrichtung und könne es sich aufgrund der Stiftungsgelder leisten, bestimmte Qualitätsstandards anzubieten. Herr Prof. Blankenagel ergänzt, dass die wesentlichen Entscheidungen, die den akademischen Bereich betreffen, bei den Universitäten und der Gemeinsamen Kommission verbleiben.

Herr Dr. Wernicke betont, dass es sich um einen berufsbegleitenden Masterstudiengang handeln wird, damit sei die entscheidende Zielgruppe klar umrissen. Als Besonderheit des Studiums sei der umfangreiche Komplex für die Projektpraxis hervorzuheben.

Studienordnung/ Anlage Modulbeschreibungen

Nach ausführlicher Diskussion besteht Einvernehmen, den Arbeits- und Zeitaufwand in den Modulen transparenter darzustellen. Es sollte klarer ausgewiesen werden, wie viel Zeit die Studierenden benötigen und dass die Arbeitsleistungen so gestaltet sind, dass die SP ausreichen.

#### Studienordnung/ Anlage Studienverlaufsplan

Frau Müller verweist darauf, dass im Studienverlaufsplan in der Spalte für die Masterarbeit ein Kurs „Interdisziplinäre Methoden“ aufgeführt ist, der sich in der Modulbeschreibung der Masterarbeit nicht wiederfindet. Hier besteht Klärungsbedarf, da dieser Kurs im Modulangebot nicht mit SP ausgewiesen ist.

#### Gebührenordnung

Herr Roßmann problematisiert, dass sich auch bei einer Erstattung der Gebühren, nicht alle Interessierten dieses Studium leisten können. Herr Prof. Nagel erklärt, dass die besondere Klientel zu beachten und verschiedene Förderungsmöglichkeiten denkbar seien.

Herr Prof. Blankenagel sagt eine Überarbeitung der Modulbeschreibungen zu. Die Beratung und Beschlussfassung des Antrags auf Einrichtung des Studiengangs und der Ordnungen wird für die Sitzung am 3.11.08 geplant.

### **10. Verschiedenes**

-

gez.  
H. Heyer